

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 14.02.2023,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Gerhard Ludwig Borken

Mitglieder:

Diana Ahler	Ahaus
Elisabeth Ahler	Vreden
Annette Demes	Ahaus
Jürgen Fellerhoff	Borken
Dr. med. Sarah Gößling	Raesfeld
Iris Jediß	Südlohn
Claudia Jung	Borken
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Frank Merx	Reken
Helmut Möllenkotte	Schöppingen
Jutta Musholt	Stadtlohn
Stephanie Pohl	Gescher
Theo Sanders	Bocholt
Martina Schrage	Legden
Christel Wegmann	Rhede
Bernhard Witte	Gescher

beratende Mitglieder:

Marvin Buchecker Reken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Karin Ostendorff	
Susanne Lökes	
Corona Büning	
Michael Heistermann	
Birgit Kuhberg	

Es fehlen entschuldigt:

Petra Nagel Raesfeld

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Ludwig eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Umsetzung SGB II: Budgetplanung 2023
Vorlage: 0029/2023/KREIS

Berichterstatterin: Lökes, Susanne

Frau Lökes berichtet anhand der Vorlage und stellt heraus, dass die Planungen im Bereich des Budgets SGB II von zahlreichen Herausforderungen geprägt gewesen seien. Beispielfhaft nennt sie den Zuwachs von Vertriebenen aus der Ukraine, die gestiegenen Energiekosten, die Umsetzung des Bürgergeldes, des Wohngeld-Plus-Gesetzes sowie weiterer Gesetze. Die größte Herausforderung bei der Planung sei jedoch die Kürzung des Eingliederungsbudgets um rund 1 Mio. EUR gewesen.

Es zeichne sich aktuell glücklicherweise eine leichte Entspannung der Budgetsituation ab, da das BMAS eine Stärkung der Mittel für Eingliederungsleistungen angekündigt habe. Insgesamt bestünden aber auch weiterhin Risiken, so sei damit zu rechnen, dass sich auch die aktuellen Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes auf die Planung auswirken werden. Auch seien nicht kalkulierbare weitere Fallanstiege und Teuerungen bei den Maßnahmen zu erwarten.

Frau Pohl merkt an, dass sich aus der Bezeichnung der Eingliederungsmaßnahmen nur schwer auf deren konkreten Inhalt schließen lasse. Sie bitte daher um eine Darstellung der Maßnahmeinhalte in einer der kommenden Sitzungen. Frau Lökes erläutert, dass der Umfang der Maßnahmen sehr groß sei und nicht in einer einzelnen Sitzung erläutert werden könne. Sie schlägt vor, für einen der nächsten Ausschüsse eine Übersicht aller Förderinstrumente mit einer Kurzerklärung zu erstellen und daraus einige Maßnahmen und deren Inhalte detaillierter zu erläutern. Frau Pohl stimmt dem Vorschlag zu.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2023 für die Aufgabenwahrnehmung des SGB II (Personal-/ Verwaltungskosten und Leistungen zur Eingliederung) im Jobcenter des Kreises Borken zu.

Punkt 2: Finanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Borken - aktueller Sach-
stand
Vorlage: 0039/2023/KREIS

Berichterstatterin: Ostendorff, Karin

Frau Ostendorff verweist auf die Vorlage und den Beschlussvorschlag in seinen vier Einzelaspekten. Sie teilt mit, dass Kreis und Kommunen Mittel aus dem „Stärkungspakt NRW“ für die Stärkung der sozialen Infrastruktur erhalten. Bei Erstellung der Vorlage sei noch nicht

klar gewesen sei, wie die Detailregelungen zum Stärkungspakt ausgestaltet sein würden. Klar sei nun, dass 80 % der Mittel (landesweit 150 Mio €) den Kommunen zufließen und 20 % den Kreisen. Für den Kreis Borken bedeute dies einen Betrag von 301 T-EUR.

Insgesamt sei bei der Mittelvergabe ein großer Spielraum für die Verwendung eingeräumt worden. Sie dürften jedoch nicht für Personalkosten, allenfalls für die Bezahlung von Honorarkräften eingesetzt werden. Finanzielle Freiräume zur Einstellung weiterer Kräfte könnten daher vorliegend nur durch die Übernahme der Miet- und Energiekosten geschaffen werden. Nach einer Abstimmung mit den Trägern der Schuldnerberatungen im Kreis habe der Vorschlag zu dieser Vorgehensweise Zustimmung gefunden. Der Kreis werde die Schuldnerberatungen in 2023 so mit 150 T-EUR aus Stärkungspaktmitteln unterstützen können.

Die Entwicklung im Jahr 2023 werde im Austausch mit den Schuldnerberatungsstellen beobachtet und für eine gegebenenfalls erforderliche Neubetrachtung der Finanzierung im Jahr 2024 ausgewertet.

Frau Lindenhahn zeigt sich überrascht über die beschriebene Einigkeit mit den Trägern der Schuldnerberatungen angesichts deren Antrags vom 05.01.2023, mit dem ein Zuschuss zu den Personalkosten gefordert wurde. Diesen wolle sich die SPD-Fraktion als Antrag zu eigen machen.

Nach dem Ausräumen verschiedener Missverständnisse sieht die SPD-Fraktion von der Antragsstellung ab und stimmt dem geplanten Vorgehen zu.

Vorsitzender Ludwig bittet die Verwaltung, die Perspektive der Finanzierung der Schuldnerberatung 2024 frühzeitig anzugehen.

Beschluss: einstimmig

- (1) Die Fördersumme 2022 wird auch für das Jahr 2023 übernommen.
- (2) Es wird eine Tarifsteigerung in Höhe von 3,5 % berücksichtigt. Sobald eine Tarifsteigerung verbindlich feststeht, erfolgt eine entsprechende Anpassung.
- (3) Der Antrag der Träger der Schuldnerberatung, sich personell zur Bewältigung des aktuell hohen krisenbedingten Beratungsaufkommens zu verstärken, wird für das Haushaltsjahr 2023 dem Grunde nach befürwortet. Vorrangig soll eine Refinanzierung der dafür notwendigen Mittel unter Nutzung des „Stärkungspakts NRW“ erfolgen.
- (4) Die Verwaltung wird beauftragt, die dazu notwendige Abstimmung mit den Trägern der Schuldnerberatung herbeizuführen und die Thematik für die weitere politische Beratung aufzubereiten.

Punkt 3: Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023 - Budget 01
Vorlage: 0030/2023/KREIS

Berichterstatte(r)in: Ostendorff, Karin

Frau Ostendorff verweist auf die Vorlage sowie auf die Ausführungen von Frau Lökes unter TOP 1. Sie ergänzt die bereits dargestellten Herausforderungen im Budget 01 um die fortschreitende Digitalisierung in Form der Einführung der E-Sozialakte für den Rechtskreis SGB XII.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 01 „Soziales“ für das Jahr 2023.

Punkt 3.1: Antrag "Kreisweite Einführung der Ehrenamtskarte der Fraktion B90/DIE GRÜNEN"

Berichterstattende: Dr. Jung, Claudia
Merx, Frank
Ahler, Elisabeth

Frau Jung bewirbt die kreisweite Einführung der Ehrenamtskarte im Sinne einer Anerkennung der Ehrenamtstätigkeit.

Frau Pohl entgegnet, dass dieses Thema bereits früher im Ausschuss beraten worden sei. Das Ehrenamt sei primär kommunale Angelegenheit und als Kreisaufgabe nicht definiert.

Nach eingehender Erörterung des Antrags ergänzt Kreisdirektor Dr. Hörster, dass auch in Nachbarkreisen nicht jede Kommune an der Ehrenamtskarte des Landes NRW teilnehme. Er sagt zu, die Ehrenamtskarte in der Bürgermeisterkonferenz nochmals anzusprechen. Zusätzlich wolle er Vergünstigungen für ehrenamtlich tätige Personen in bestimmten Einrichtungen des Kreises (z. B. kult Vreden) thematisieren.

Der Antrag wird zurückgezogen und die Verwaltung beauftragt, die kreisweite Einführung der Ehrenamtskarte in der Bürgermeisterkonferenz zu beraten und im nächsten Ausschuss zu berichten.

Punkt 3.2: Antrag "Kampagne zur Förderung der Pflegeausbildung" der Fraktionen SPD und B90/DIE GRÜNEN

Berichterstatte(r)in: Lindenhahn, Elisabeth
Dr. Jung, Claudia

Herr Buchecker und Frau Lindenhahn bewerben die beantragte Kampagne des Kreises zur Förderung der Pflegeausbildung, auch um verbreiteten, aber teilweise überkommenen Vorurteilen gegenüber den Pflegeberufen entgegenzuwirken.

Frau Pohl erklärt, die Handlungsempfehlungen der Pflegebedarfsplanung sähen vor, dass der Kreis jedes Engagement zur Förderung der Pflegeberufe unterstützt. Eine Aktion des Kreises ohne Initiative von Einrichtungen und Trägern sei für sie allerdings nicht vorstellbar.

Kreisdirektor Dr. Hörster ergänzt, es stünden für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Pflegebedarfsplanung Haushaltsmittel in Höhe von 30 T-EUR für das Jahr 2022 zur Verfügung. Dieser könne in das Haushaltsjahr 2023 übertragen werden. Angebote des Kreises zu einem kreisweiten „Runden Tisch Pflege“ seien seitens der Einrichtungen und Träger in der Vergangenheit ausgeschlagen worden. Man habe sich seitens der Einrichtungen bis dato eher als Konkurrenz denn als Mitstreitende begriffen. Aus diesem Grund sei im Rahmen der Pflegebedarfsplanung beschlossen worden, Konzepte, so auch zur Fachkräfterekrutierung und –sicherung, in kleineren Einheiten auf Sozialraumbene zu erstellen.

In der folgenden, kontroversen Diskussion werden das Für und Wider der beantragten Werbekampagne intensiv beleuchtet und erörtert.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN ziehen den Antrag schließlich zurück.

Punkt 4: Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023 - Budget 04
Vorlage: 0031/2023/KREIS

Berichterstatte(r): Heistermann, Michael

Herr Heistermann verweist auf die Vorlage und die vorliegende Ergänzung in Papierform, die er erläutert.

Der Ausbau der reisemedizinischen Beratung sei eine der Herausforderungen für das Jahr 2023. Der Beratungsbedarf habe nach Abflauen der Pandemie wieder deutlich zugenommen. Der Ausbau der Beratung sei durch den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst möglich geworden.

Der Personalaufwuchs im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst sei in den Jahren 2021 – 2022 fast vollständig realisiert worden und im Stellenplan auch vollständig abgebildet. Durch diesen sei es beispielsweise ermöglicht worden, eine Fachkraft für die Überwachung und Betreuung der Hauswasserbrunnen im Kreisgebiet einzustellen.

Frau Pohl bittet um Erläuterung zu den Inhalten der „Sozialpharmazie“ in der nächsten Ausschusssitzung. Herr Heistermann sagt dies zu.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 04 „Gesundheit“ für das Jahr 2023.

Punkt 5: Umsetzung SGB II im Kreis Borken - aktueller Sachstand
Vorlage: 0032/2023/KREIS

Berichterstatte(rin): Lökes, Susanne

Frau Lökes berichtet anhand der Vorlage über die Fortschreibung des regelmäßigen Sachstandsberichtes, der sich hier insbesondere auf den Stand zum Jahresende beziehe.

Zum Jahresabschluss 2022 habe sich die Annahme bestätigt, dass der BG-Zuwachs im Bereich des SGB II nahezu ausschließlich auf die Fluchtbewegung aus der Ukraine zurückzuführen ist.

Im Januar 2023 habe sich ein erneuter Anstieg der BG-Zahlen ergeben, der sich allerdings überwiegend aus Vertriebenen aus Drittstaaten, aber auch aus deutschen Personen ergebe.

Die Regelung des Bürgergeldgesetzes träten in zwei Stufen in Kraft. Der überwiegende Teil der Regelungen zum Leistungsrecht gelte dabei bereits seit dem 01.01.2023; die meisten Änderungen im Bereich der aktiven Leistungen seien ab 01.07.2023 zu beachten.

Das Jobcenter Kreis Borken bemühe sich um eine reibungslose Umsetzung der Neuregelungen. Insbesondere geschehe dies durch engen Schulterschluss mit den örtlichen Jobcentern, Organisation entsprechender Fortbildungsveranstaltungen sowie Erstellung von Arbeitshilfen, die im dafür zur Verfügung stehenden Extranet veröffentlicht würden. Zusätzlich sei das Format „Fachtag Bürgergeld“ zur Abstimmung mit den Nachbarkreisen erstmalig am 20.01.2023 in Münster veranstaltet worden. Hier sei bedarfsorientiert ein regelmäßiger Austausch geplant.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration nimmt den SGB II-Sachstandsbericht zum 31.12.2022 zur Kenntnis.

Punkt 6: Aktueller Stand der Integrationsarbeit und der Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge
Vorlage: 0408/2022/KREIS

Berichterstatter: Dr. Hörster, Ansgar

Kreisdirektor Dr. Hörster verweist auf die Vorlage und stellt fest, dass die Belastungsgrenze der Kommunen im Hinblick auf die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen erreicht sei. Hierbei handele es sich nicht allein um Flüchtlinge aus der Ukraine, es sei auch ein Anstieg von Flüchtlingen zu verzeichnen, die Deutschland über die Balkanroute erreichen. Erfreulich sei die Eingliederungsquote von Flüchtlingen aus der Ukraine. Folgend gibt Kreisdirektor Dr. Hörster Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Herr Merx fragt an, ob künftig auch mit zusätzlichen Geflüchteten aus der Türkei und Syrien aufgrund des Erdbebens zu rechnen sei.

Kreisdirektor Dr. Hörster bejaht dies. Genaues sei jedoch noch nicht bekannt. Es werde ein Familiennachzug aus der Türkei und Syrien erwartet. Auch müsse mit Betroffenen ohne familiären Kontext in Deutschland gerechnet werden. Hinsichtlich der Zuweisungspraxis gebe es jedoch noch keine Erkenntnisse.

Beschluss: einstimmig

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 7.1: Sachstand virtueller Pflegestützpunkt

Berichterstatterin: Ostendorff, Karin

Frau Ostendorff nimmt Bezug auf die Handlungsempfehlungen zur Pflegebedarfsplanung, hier Einrichtung eines „Virtuellen Pflegestützpunktes“. Dieser befinde sich derzeit in aktiver und breit gestreuter Bewerbung. Der jüngste Online-Vortrag zu einem Pflege Thema sei mit 48 Personen sehr gut besucht gewesen. Dies werde als positives Signal gewertet, diese Angebote fortzusetzen.

Punkt 7.2: Sachstand Senioren-App "Gut versorgt in..."

Berichterstatterin: Ostendorff, Karin

Frau Ostendorff teilt mit, dass hinsichtlich der Einführung der die Handlungsempfehlungen der Pflegebedarfsplanung ergänzenden App „Gut versorgt in...“ Kontakt mit dem Anbieter aufgenommen worden sei. Derzeit werde die App in der Stadt Dortmund eingeführt. Im Anschluss werde diese im Kreis Borken umgesetzt.

Punkt 7.3: Sachstand online-Belehrung im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes

Berichterstatter: Heistermann, Michael

Herr Heistermann macht auf ein neues digitales Angebot des Fachbereiches Gesundheit aufmerksam. Seit Anfang Februar werde die Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz im Online-Format angeboten. Dieses Angebot werde bereits gut angenommen. Ziel sei es, die

Präsenzbelehrung auf ein Minimum zu reduzieren. Auf Nachfrage Herrn Bucheckers erklärt er, dass der Zugang über die Homepage des Kreises erfolge.

Punkt 8: Anfragen

Punkt 8.1: Anfrage zur Situation der Tafeln im Kreis Borken
Vorlage: 0026/2023/KREIS

Berichterstatterin: Kuhberg, Birgit

Frau Kuhberg teilt mit, dass aufgrund der Anfrage eine Erhebung der aktuellen Situation in den Tafeln des Kreises Borken stattgefunden habe. Man habe die Informationen sowohl bei den Tafeln selbst als auch bei den örtlichen Sozialämtern eingeholt. Wie im gesamten Bundesgebiet sei auch im Kreis Borken die Situation angespannt, sowohl hinsichtlich der sachlichen als auch der personellen Ressourcen. Durch eine nachhaltig zu verzeichnende Spendenbereitschaft und zusätzliches ehrenamtliches Engagement sei die Versorgung der Bevölkerung jedoch weiterhin möglich. Dies sei auch dem Umstand geschuldet, dass die Tafeln sich nicht regional beschränken, sondern kreisweit kooperieren.

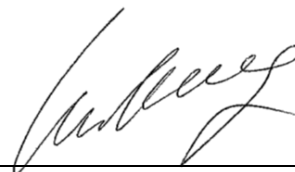
Für den Erhalt der Handlungsfähigkeit der Tafeln fühlten sich die Kommunen verantwortlich und würden unterstützend tätig. Frau Ostendorff bekräftigt, dass bisher keine Tafel hilfesuchend an den Kreis Borken herangetreten sei.

Sie ergänzt, dass für die Tafeln im vergangenen Jahr die Möglichkeit bestanden habe, bis zu 7.500 € an Landesmitteln zu beantragen, was überwiegend in Anspruch genommen worden sei. Auch dieses Jahr bestehe voraussichtlich wieder die Möglichkeit, Fördermittel zu beantragen.

Vorsitzender Ludwig schließt die Sitzung um 19:20 Uhr.



Vorsitzender Gerhard Ludwig



Birgit Kuhberg